

150 Euro mehr für alle im öffentlichen Dienst Schluss mit den Lügen über TVöD und TV-L

Ver.di fordert für die Beschäftigten in den kommunalen Kliniken 150 Euro mehr im Monat. Eine Durchsetzung dieser Forderung wäre zweifellos ein Fortschritt. Er würde die Verluste des TVöD teilweise zurücknehmen. Es gibt aber keinen Grund, diese Nachschlagsforderung auf die Krankenhausbeschäftigten zu begrenzen. Die Müllwerker, StraßenbahnfahrerInnen und Erzieherinnen kommen genausowenig mit ihrem abgesenkten Lohn über die Runden, wie die Krankenhausbeschäftigten. Wenn ein Bereich einen Ausgleich für die wegfallende Pendlerpauschale bekommt und ein anderer nicht, vertieft das die Spaltung im öffentlichen Dienst. Eine Lehre aus dem Streik gegen Arbeitszeitverlängerung im Frühjahr ist, dass durch gemeinsamen Kampf die Tarifeinheit im öffentlichen Dienst zurückgewonnen werden muss. Ein einheitlicher Kampf aller Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Bund, Länder und Kommunen für einen Nachschlag könnte ein Anfang dafür sein. Es wäre die Garantie dafür, dass eine Kampfkraft aufgebaut werden kann, die durchsetzungsfähig ist. Wie die Krankenhausbeschäftigten auf sich alleine gestellt einen erfolgreichen Kampf für die Durchsetzung der 150 Euro führen können, wird von der ver.di-Führung nicht beantwortet. Es gibt keine Kampfstrategie. Das wirft die Frage auf, wie ernst Bsirske und Co. ihren Vorstoß meinen. Wie passt es zusammen, dass in immer mehr Krankenhäusern mit Notlagentarifverträgen weiterer Lohnverzicht vereinbart wird? Wie kann ver.di einerseits für die Beschäftigten aller kommunalen Krankenhäusern 150 Euro mehr fordern und sich gleichzeitig im städtischen Großklinikum Kassel gegen den Willen der Beschäftigten für die Anwendung des Zukunftssicherungsvertrags Krankenhäuser (ZuSi), sprich für weitere Lohnopfer aussprechen?

Ärztestreik und ver.di

Wenn ver.di auf Knopfdruck von oben für die Beschäftigten in den Kliniken einen Nachschlag fordert, liegt der Grund auf der Hand. Dieser Vorstoß wird bestimmt von der Konkurrenzsituation mit dem Marburger Bund. Die Ärzte haben mit ihrer 30%-Forderung und ihrem Streik gezeigt, dass man Verschlechterungen nicht kampfflos hinnehmen muss und in die Offensive gehen kann. Pflegekräfte, ArbeiterInnen und Verwaltungsangestellte fra-

gen sich zu recht, warum ver.di mit 23 mal mehr Mitglieder als der Marburger Bund immer klein beigibt. Mit jedem Tag wächst der Unmut über den neuen Tarifvertrag. Anstatt einzugestehen, dass mit dem TVöD/TV-L für alle die Löhne abgesenkt wurden, verkauft die ver.di-Führung das neue Tarifrecht weiter als Erfolg.

TVöD ist Absenkungstarifvertrag

In der „tarifinformation“ Nr. 1 vom 27.06.06 behauptet ver.di: „Bei den Tarifverhandlungen zum TVöD haben die kommunalen Arbeitgeber versucht, Einsparungen zu Lasten des Pflegepersonals und der anderen Beschäftigten zu erreichen. Ver.di hat dies in den Verhandlungen verhindert!“ In einer Pressemitteilung vom 27.06.06 erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke: „Auch der ver.di-Tarifabschluss mit den Ländern enthalte Verbesserungen für alle Berufsgruppen“. Solche Erfolgsmeldungen sind glatte Lügen. Die neuen Tarifverträge (TVöD und TV-L) sind Absenkungstarifverträge. Wenn eine 49jährige verheiratete Krankenpflegerin mit drei Kindern nach einem Stellenwechsel 400 bis 500 Euro oder 25% ihres Bruttolohns verliert, dann ist das deshalb weil ver.di das so unterschrieben hat. Wenn eine Putzfrau im Krankenhaus heute mit einem Armutslohn von brutto 1.286 Euro eingestellt wird, dann deshalb weil ver.di diese Niedriglohngruppe vereinbart hat.

Eine verheiratete Krankenpflegerin ohne Kinder verliert über die Lebensarbeitszeit gerechnet gegenüber dem BAT 21.000 Euro. Hat sie ein Kind sind es bereits 45.000 Euro, bei zwei Kindern sind es 69.000 Euro. Das bedeutet gleichzeitig eine Senkung der späteren Rente. Auch für die Verlängerung der Arbeitszeit ist die ver.di-Führung voll verantwortlich. Im TVöD wurde für die Beschäftigten des Bundes von vornerein die 39-Stunden-Woche vereinbart. Und die Kommunen bekamen von ver.di eine Öffnungsklausel für die 40-Stunden-Woche. Was konnte bei dem Streik unter diesen Umständen anders herauskommen als eine Arbeitszeitverlängerung. Für die Ärzte an den

Unikliniken hat ver.di im TV-L sogar die 42-Stunden-Woche abgeschlossen. Der Marburger Bund hat es übernommen.

Kurswechsel notwendig

Der Kampf für die 150 Euro kann nur erfolgreich sein, wenn er mit einem effektiven Streik geführt wird. Dazu gehört, dass Kampfmaßnahmen nicht verzettelt sondern bundesweit einheitlich organisiert werden. Ein eintägiger bundesweiter Warnstreik in allen Krankenhäusern könnte dafür ein Anfang sein. Der Kampf muss verbunden werden mit dem Kampf für den Wegfall der Fallpauschalenfinanzierung und für mehr staatliche Gelder für die Krankenhäuser. Solange ver.di die von den etablierten Parteien verordnete Unterfinanzierung der Krankenhäuser und den Konkurrenzkampf der Krankenhäuser akzeptiert, wird der Druck auf Löhne, Stellen und Arbeitsbedingungen immer größer. Allein die Mehrwertsteuererhöhung und die von der Merkel/Müntefering-Regierung geplante 1%ige Kürzung der Budgets der Krankenhäuser erhöht die Defizite um Milliarden. Es ist Aufgabe von ver.di einen bundesweiten entschlossenen Kampf zur Verteidigung der Krankenhäuser zu organisieren. Dieser muss verbunden werden mit dem Kampf aller Gewerkschaften gegen die gesamte neoliberale Politik. Wir brauchen eine Massenbewegung wie in Frankreich. Und es ist Aufgabe der Gewerkschaften diese zu organisieren. Darüberhinaus ist ein grundlegender Kurswechsel in Sachen Tarifpolitik notwendig. Die Verzichtspolitik muss beendet werden. Die Ärzte haben uns vorgemacht, wie man mit einer 30%-Forderung in die Offensive gehen und dafür auch die Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen kann. Die Reinigungsfrauen in den Kliniken, die Pflegekräfte, Müllwerker, Verwaltungsangestellten und die Masse der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen muss für eine Tarifoffensive vorbereitet werden, die die Verschlechterungen des TVöD und TV-L zurücknimmt. Die Löhne müssen erhöht und die Arbeitszeiten verkürzt werden.

TVöD nachgerechnet

Die neuen Tarifverträge im öffentlichen Dienst sind die größte Niederlage für die Beschäftigten bei Bund, Länder und Kommunen in der Nachkriegszeit. Wir haben eine Broschüre herausgebracht, in der wir die Schönrechnerei der ver.di-Bürokratie widerlegen und nachweisen, dass der TVöD enorme Verschlechterungen gegenüber dem BAT/BMT-G bedeutet. Die Broschüre „TVöD nachgerechnet kann von unserer homepage heruntergeladen werden. www.netzwerk-verdi.de/tarif_04-05/tvoed-2005.html Die Erweiterung der Broschüre auf den TV-L ist derzeit in Arbeit.

Wir fordern die Kündigung des Tarifvertrags TVöD bei Kommunen und Bund sowie die Arbeitszeitregelung des TV-L zum erstmöglichen Termin 31.12.07 und die Vorbereitung eines bundesweiten Arbeitskampfes für folgende Ziele:

- **Lohnerhöhung um 300 € brutto/Monat, Mindestlohn von 2.000 €**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Tabellenlöhne und Eingruppierungen nicht unter BAT/BMT-G/MTArb.-Niveau**
- **Volle Anerkennung von Erfahrungszeiten auch bei Arbeitgeberwechsel**
- **Abschaffung aller Schlechterstellungen von Neueingestellten**
- **Nein zur Einführung „leistungsabhängiger Bezahlung“**
- **ersatzlose Streichung der Meistbegünstigungsklausel**
- **ersatzlose Streichung des TV Zukunftssicherung für Krankenhäuser und Abschaffung aller Absenkungstarifverträge**
- **sofortige Anhebung des Ostniveaus auf Westniveau**
- **Keine Öffnungsklauseln**
- **Rücknahme der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld und der Erhöhung des Renteneintrittsalters für Beamtinnen. Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für Tarifbeschäftigte auf die Beamtinnen von Bund, Länder und Gemeinden. Diese Regelung für Beamtinnen muss Bedingung für eine Gesamteinigung sein und von den Arbeitgebern schriftlich garantiert werden.**

„Stimmung auf dem Tiefpunkt“

Auf der homepage der Arbeiterinnen bei verdi

www.verdi-blog.de/arbeiterinnen

gibt es seit Monaten ein Diskussionsforum. Dieses Forum wird von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genutzt um Ärger und Wut über die Tarifreform abzulassen. Hier zwei typische Zuschriften aus den letzten Wochen:

Spaltung der Krankenhausbelegschaften überwinden

Der Marburger Bund vertritt die Interessen der besser bezahlten Ärzte. Dass es ihm im Laufe des letzten Jahres gelungen ist, die ausgebeuteten Assistenzärzte hinter sich zu bekommen, hat ver.di zu verantworten. Unter der Führung von Bsirske wurde die Fallpauschalen-Finanzierungen und die politisch herbeigeführte chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser akzeptiert. In der Folge davon hat ver.di Verzichtspolitik auf Kosten der Beschäftigten betrieben. Mit dem Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser (ZuSi) sollen die Krankenhausbeschäftigten obendrauf auf die Absenkungen des TVöD auf bis zu 10% ihres Lohns verzichten.

Als die Länderregierungen die Tarifverträge zu den Sonderzahlungen und zur Arbeitszeit kündigten, lies ver.di dies einfach laufen. Der Marburger Bund konnte deshalb den Unmut unter den Ärzten für sich nutzen. Er organisierte bereits im Sommer 2005 an den Unikliniken die ersten Ärztestreiks gegen diese Verschlechterungen. Wir haben damals öffentlich kritisiert, dass ver.di diese Streiks nicht mit einem Streik der Pflegekräfte und aller anderen Berufsgruppen an den Unikliniken unterstützt hat.

Einen Mitgliederschub und die Grundlage für den jetzigen Ärztestreik bekam der Marburger Bund durch den von ver.di abgeschlossenen TVöD. Während ver.di alle Krankenhausbeschäftigten mit dem TVöD und ZuSi verraten und verkauft hat, sahen die Ärzte im Marburger Bund eine Organisation, die vermeintlich für einen besseren Abschluss kämpfen würde. Der Marburger Bund hat die Assistenzärzte am Ende genauso verarscht, wie ver.di. Die Spaltung der Krankenhausbelegschaften muss deshalb durch gemeinsamen Kampf aller Berufsgruppen und in Opposition zu den Spitzen von ver.di und Marburger Bund überwunden werden.

Humanmedizin statt Profitmedizin

Wir meinen, dass es höchste Zeit ist, dass ver.di und die anderen Gewerkschaften die vorhandene Kampfkraft nutzen und ausbauen, um die Auslieferung des Gesundheitswesens und der Krankenhäuser an das Konkurrenz- und Profitsystem zu stoppen und umzukehren. Unsere Argumente, Positionen und Kampfvorschläge haben wir in einer Extra-Ausgabe einer Netzwerkzeitung veröffentlicht. Die Broschüre kann von unserer Homepage heruntergeladen werden: www.netzwerk-verdi.de/material/NwZeitungGesundheitswesen.pdf

Keine Verschlechterungen bei den Eingruppierungen

Ver.di verhandelt derzeit über neue Eingruppierungen. Aber die Beschäftigten erfahren nichts. Wir fordern, dass die Verhandlungen öffentlich gemacht werden. Es besteht die Gefahr, dass wir am Ende wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir fordern, dass die Eingruppierungen genutzt werden um strukturelle Lohnerhöhungen durchzusetzen. Dafür müssen durch demokratische Diskussion und Entscheidung mit den Betroffenen entsprechende Forderungen gestellt werden.

„Gratulation verdi!!! Der neue Tarifvertrag bedeutet für den gehobenen Dienst den Wegfall der Gehaltsgruppe IIa. Die die schon mit Bewährung nach IIa gekommen sind finden sich in E 12 wieder was nicht anderes bedeutet wie 4a mit Sternchen Degradierung. Danke. Die Stimmung auf unserer Dienststelle ist heute auf dem Tiefpunkt angelangt. Nach praktischem Wegfall der Zusatzversorgung nun der nächste dicke Hammer. Was kommt als nun? Falls einige überlegen eine neue Gewerkschaft zu gründen kann ich das gut verstehen. Meldet Euch ich bin dabei.“

„Nach jetzigem Stellenwechsel + 17%iger Reduzierung verdiene ich laut TVöD nun brutto soviel wie ich vorher netto verdient hab. ..Hab mir vor kurzem euren Prachtbau in Berlin angeschaut. Respekt, Respekt da habt ihr euch ja nicht lumpen lassen. Schöne Vorstellung, dass auch ich 22 Jahre euch mitfinanziert hab. Danke verdi auch von meinem Sohn, den ich leider während seiner Ausbildung nicht mehr unterstützen kann.“

Ver.di braucht innergewerkschaftliche Opposition - Wer wir sind und was wir wollen

Seit dem Sommer 1996 gibt es das Netzwerk von kritischen und aktiven KollegInnen in der ötv, jetzt in ver.di. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis, halten es aber für den falschen Weg. Denn wir brauchen dringender denn je Gewerkschaften mit denen wir unsere Interessen gegen Unternehmer und Regierungen verteidigen können. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen Gewerkschaften zu dem werden, wofür sie gegründet wurden: zu Kampforganisationen der arbeitenden Klasse. Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen und italienischen Kolleginnen folgen und mit Massenstreiks und Generalstreik zur Wehr setzen. Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik der Gewerkschaften muss von der Basis bestimmt werden und nicht von völlig abgehobenen Vorständen. Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Um das zu erreichen müssen wir eine schlagkräftige innergewerkschaftliche Opposition aufbauen. Wir fordern alle kämpferischen KollegInnen und Kollegen, verdi-Mitglieder und auch Nicht-Mitglieder auf, mit uns dafür zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen. Kommt zu unseren Treffen.

Kommt zum bundesweiten
Netzwerktreffen
am 28.10.2006 nach Kassel

www.netzwerk-verdi.de

V.i.S.d.P: Alexander Brandner, Rotweg 55, 71686 Remseck, a.brandner@netzwerk-verdi.de